

rechtzeitig – in einem kritischen Augenblick, da sich das Antlitz Macaus durch die massiven Investitionen in gigantische Casinohotelanlagen rasch verändert. Die Identität Macaus, sein lusitanischer Charakter, die Verschmelzung verschiedenster Kulturen stehen auf dem Spiel. Großbritanniens Ehrenkonsul in Macau, Glenn McCartney, warnte zu Recht vor einer „Disneyfizierung“ Macaus und dem „inhärenten Risiko, dass Kultur und Erbe nur Komponenten des Tourismusprodukts oder Waren werden“ (SCMP, 7.7.04). Das größte Museum in der SVRM, das Macau-Museum, hat von 1998 bis 2003 im Jahr weniger als 1,8% der Touristen begrüßen können. Von den 11,9 Mio. Touristen im Jahr 2003 besuchten gerade mal 15% eines der 15 Museen (SCMP, 25.9.04). Da hat der erst 37-jährige Leiter des Kulturerbe-Amtes Stephen Chan mit seinem Stab eine gewaltige Anstrengung vor sich. Kulturtourismus steht bei ihm nicht ganz oben auf der Agenda. „Unsere Priorität bei Macaus Erbe gilt dem Schutz, weil die Stätten des Erbes in erster Linie die kulturellen Ressourcen unserer Bürger sind. Die Bemühungen zu ihrer Erhaltung müssen intensiviert werden, sodass ein größerer Teil unserer Bevölkerung ihr Erbe schätzen lernt. Erst wenn wir dieses Ziel erreicht haben, werden wir über die Förderung des Kulturtourismus nachdenken. [...] Kulturtourismus kann nie als harte Währung betrachtet werden. Du wirst nie genug am Kulturtourismus verdienen, um das Geld, das du in die Erhaltung des Erbes investiert hast, wieder herein zu bekommen.“ Die Vorteile, die die Erhaltung des Erbes Macau bringen könnte, seien viel größer als die Vorteile des Geldes. „Unser kulturelles Erbe hilft uns, eine deutliche Identität und ein Gefühl der Verbindung unter unserer Bevölkerung zu schaffen, was besonders wichtig in der Periode nach der Übergabe [Macaus an China] ist. Durch unser Erbe lernen wir, wer wir sind. Wenn sogar wir selbst unsere Stadt nicht verstehen, wie können wir da erwarten, dass Ausländer sie verstehen?“ Erleichtert wird die Arbeit des Kulturerbe-Amtes durch

die Gesetzgebung. Die Allgemeinen Verordnungen zum Städtebau aus dem Jahr 1991 legen z.B. fest, dass das Amt das letzte Wort bei jedem Projekt hat, das Macaus Erbe tangiert. Das bedeutet, dass das Amt für Boden, Transport und öffentliche Bauten bei Projekten zunächst einmal die Genehmigung von Chans Amt einzuholen hat. Der Präsident der Vereinigung für das Erbe Macaus, Tang Keng-ben, sieht ein steigendes Bewusstsein für den Schutz des kulturellen Erbes in den letzten Jahren. Aber er warnte, dass manche nach der erfolgreichen Bewerbung denken könnten, die Arbeit sei nun erledigt. (XNA, 24.4.05; 15., 16., 18.7.05; SCMP, 25.9., 26., 30.10.04, 26.4., 7., 16.7.05; <http://www.macau.heritage.net/indexE.asp>, Aufruf am 5.8.05; <http://macau.org.uk>, 15., 17.7.05, Aufruf am 5.8.05; <http://english.eastday.com/englishedition/nation/userobjec2??>, 15.7.05, Aufruf am 5.8.05)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

45 Nationalversammlung beschließt Verfassungsreform

Taiwans Nationalversammlung beschloss mit den Stimmen der großen Parteien Anfang Juni Verfassungsreformen – und schaffte sich damit selbst ab.

Alle Änderungen waren bereits im August 2004 vom Legislativ Yuan mit Dreiviertelmehrheit beschlossen worden (vgl. C.a., 2004/8, Ü 33) und wurden gemäß der unter den großen Parteien getroffenen Einigung von der eigens hierfür noch einmal gewählten Nationalversammlung nur noch abegesenet. (Zur Wahl vgl. C.a., 3/2005, Dok 50)

Es handelt sich um folgende Punkte:

1. Der Legislativ Yuan verkleinert sich von bisher 225 auf nur noch 113 Sitze. Die Wahlperiode verlängert sich ab der nächsten Wahl Ende 2007 von bisher drei auf vier Jahre.

2. Abgeschafft wird das bisherige Wahlsystem, nach dem pro Wahlkreis mit nur einer Stimme pro Wahlberechtigtem mehrere Abgeordnete gewählt wurden. Stattdessen wird wie in Deutschland mit Erst- und Zweitstimme gewählt, und zwar mit der Erststimme ein Kandidat pro Wahlkreis und mit der Zweitstimme Listenkandidaten der Parteien. Mit insgesamt 34 Volksvertretern (inklusive Vertretern der Überseechinesen) bilden diese indirekt Gewählten jedoch nur eine Minderheit. Dabei gilt eine Fünfprozentklausel. Von diesem landesweiten Quorum ausgenommen sind die Ureinwohner, für die sechs Abgeordnetensitze reserviert sind.

3. Die Nationalversammlung wird abgeschafft; ihre Kompetenzen gehen teils auf den Legislativ Yuan, teils auf das Volk über (s. Punkt 4); beim Verfahren zu Amtsenthebung von Präsident oder Vizepräsident wandern einige Nationalversammlungskompetenzen zu den obersten Richtern.

4. Plebiszite zu Verfassungsfragen können nur erfolgen, wenn das Parlament mit Dreiviertelmehrheit zugestimmt hat. Sie können nicht aus dem Volk heraus initiiert werden und erfordern die Zustimmung der Mehrheit aller Stimmberechtigten (also nicht nur der abgegebenen gültigen Stimmen).

Vor allem gegen Punkt 1 und 2 gab es bei den kleinen Parteien erheblichen Widerstand; die nötige Dreiviertelmehrheit für die Verfassungsänderungen war jedoch nie gefährdet.

Die Verfassungsänderungen stellen mit einer Einschränkung eine wesentliche Weiterentwicklung des demokratischen Systems dar.

Die Abschaffung der Nationalversammlung, ein Relikt aus gesamtchinesischen Tagen von vor 1949, ist nur konsequent, da Taiwan nicht zwei Parlamente mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen benötigt.

Die Änderung des Wahlverfahrens ist die wichtigste der beschlossenen Reformen. Das bisherige Wahlverfahren war hauptverantwortlich für

mehrere eklatante Missstände. Da mit jeweils einer Stimme pro Wähler mehrere Abgeordnete pro Wahlkreis gewählt wurden, genügten unter Umständen wenige Prozent der Stimmen für den Einzug ins Parlament. Damit waren die Volksvertreter zum einen nicht durch eine Mehrheit ihrer Wähler legitimiert, und zum anderen verschaffte das System dem Versuch der Wählerbestechung („Stimmenkauf“) beste Erfolgchancen, und zwar umso mehr, als auch Kandidaten ein und derselben Partei miteinander konkurrieren mussten.

Eine weitere Folge des alten Wahlsystems, die mit der Verleitung zu Wählerbestechung in engem Zusammenhang steht, war die Affinität der einst allmächtigen KMT sowie ihres Ablegers PFP zu Kreisen der chinesischen Mafia. Zwielfichtige Gestalten ins Parlament zu bringen war leicht, und so reichten sich politische Macht und organisierte Kriminalität auch nach dem faktischen Ende der Diktatur weiter gern die Hand. Virulent wurde dies zuletzt bei den Krawallen nach der letzten Präsidentschaftswahl. (Vgl. C.a., 2004/4, Ü 29)

Entsprechend desaströs war das Ansehen, dass die Parlamentarier wie auch das Parlament generell in der taiwanischen Öffentlichkeit genießen. Dies wiederum führte dazu, dass das demokratische System als solches in der Bevölkerung noch nicht den Rückhalt besitzt wie in anderen jungen Demokratien. Auch die Verlängerung der Wahlperiode wird sich in diesem Sinne günstig auswirken, da die zeitliche Inanspruchnahme der Abgeordneten durch den Wahlkampf gemindert wird.

Ein weiterer Aspekt ist, dass sowohl das neue Wahlsystem als auch die Verkleinerung des Parlaments die größeren Parteien begünstigen. Insbesondere die Unabhängigen, die bisher eine relativ große Rolle im Parlament spielen, haben in Zukunft kaum noch eine Chance. Das neue Wahlsystem wird daher Situationen wie die jetzige weniger wahrscheinlich machen, in der

Mehrheitsentscheidungen im Parlament stets mühselige interfraktionelle Verhandlungen erfordern, und auch insofern das politische System stärken und effektivieren.

Kritisch zu bewerten ist allerdings die radikale Verkleinerung des Parlaments. Eine immer komplexer werdende Wirklichkeit stellt auch an das Gesetzgebungsverfahren immer höhere Anforderungen; zudem muss ein Parlament nicht nur Gesetze verabschieden, sondern auch deren Umsetzung beobachten und die Auswirkungen verfolgen. Nunmehr ergeben sich aber Fraktionsgrößen, die im günstigsten Fall bei 50 bis 60 liegen werden. Das heißt, dass selbst die großen Fraktionen bei der Bewältigung der parlamentarischen Aufgaben, insbesondere bei der Mitarbeit in Ausschüssen, rasch an Kapazitätsgrenzen stoßen werden, von kleineren Fraktionen ganz zu schweigen. Gemäß einer Faustformel, die auf Erfahrungswerten basiert, haben Volksvertretungen in demokratischen Staaten etwa so viele Sitze wie der Kubikwurzel der Einwohnerzahl entspricht. Demnach hätte der Legislativ Yuan eher auf 280 Abgeordnete aufstocken sollen als auf 113 zu schrumpfen. Es wird demnach zu einer Dominanz der Regierung im Gesetzgebungsverfahren kommen, da nur sie noch über den nötigen Apparat verfügt, Gesetzesvorlagen zu erarbeiten. Die Abgeordneten werden mit der Beurteilung dieser Vorlagen oft überfordert sein, da sie nicht auf mehreren Sachgebieten gleichzeitig die nötigen Kompetenzen aufbauen und bereitstellen können, und die Qualität der Gesetzgebung wird leiden. Außerdem wird der Bezug der Abgeordneten zu den Wählern ihres Wahlkreises nicht im nötigen Maß hergestellt werden können, da die Wahlkreise mit durchschnittlich 230.000 Wählern zu groß sein werden.

In Taiwan dagegen spricht man von einer Effektivierung des Gesetzgebungsprozesses und vom sparsameren Umgang mit den öffentlichen Finanzen. Dem letztgenannten Punkt nach zu urteilen, erscheint das Parlament allen Parteien erstaunlicher-

weise als weitgehend unnötige Last. Auch nach außen hin – gegenüber dem Souverän – wirkt es ausgesprochen befremdlich, dass ein Parlament sich selbst zur Hälfte für überflüssig erklärt. Die Stärkung der Demokratie, die insbesondere von der Änderung des Wahlverfahrens ausgeht, dürfte sich längerfristig als positiver Effekt jedoch stärker bemerkbar machen.

Ein interessanter Aspekt ergibt sich aus dem eingangs genannten vierten Beschluss, der auch in Hinsicht auf Taiwans Stellung zur VR China (bzw. zu Chinas Stellung zu Taiwan) relevant ist. In Beijing wurde und wird eine taiwanische Volksabstimmung über den Status des Landes als Interventionsgrund gewertet. Nachdem die Zustimmung zu jedweder Verfassungsänderung nun zunächst eine Dreiviertelmehrheit im Legislativ Yuan und danach noch die Mehrheit aller Stimmberechtigten erfordert, bestehen zwei äußerst hohe Hürden, die nur im Falle eines weit reichenden Konsenses zu bewältigen sein werden. In Fragen der nationalen Identität Taiwans (chinesisch? taiwanisch? beides?) ist ein solcher Konsens jedoch überhaupt nicht in Sicht. Entgegen anders lautenden Berichten in offenbar schlecht informierten Teilen der westlichen Presse (z.B. FAZ, 8.6.05) sorgt die Verschärfung der für eine Verfassungsänderung nötigen Anforderungen also nicht für mehr Ärger mit Beijing, sondern trägt eher zu einer Beruhigung der Lage bei. Dies gilt umso mehr, als auch eine Änderung der Landesgrenzen – z.B. eine bislang fehlende explizite Beschränkung der „Republik China“ auf das von Taipei aus tatsächlich kontrollierte Territorium – eine Verfassungsänderung erfordern würde. (SCMP, 6.6., 7.6.05; CNAT, nach BBC PF, 7.6.05; TT, 8.6.05; FT, 8.6.05)

46 Ma Ying-jeou neuer KMT-Chef – mehr als eine Personalie

Am 16. Juli wählte die Nationale Volkspartei Kuomintang (Guomindang, KMT), Taiwans größte Op-

positionspartei, einen neuen Parteichef – zum ersten Mal in ihrer 110-jährigen Geschichte geschah dies per Urwahl durch die Mitglieder. Obwohl von vielen führenden Mitgliedern gedrängt, war der bisherige Vorsitzende Lien Chan (Lian Zhan) nicht wieder angetreten. Zu wählen war unter zwei Kandidaten: dem Taibeier Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), geboren 1950 in Hongkong, und Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping), geboren 1941 in Taiwan. Mit 72,4% der Stimmen erzielte Ma Ying-jeou einen geradezu sensationellen Sieg – umso mehr, als an sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen erwartet worden war und Wang eine deutlich stärkere Position unter den Parteigranden hatte und auch die Unterstützung des scheidenden Lien Chan genoss. Gut 50% der KMT-Mitglieder nahmen an der Wahl teil. (TT, 2.6., 9.6.05; CNAT, nach BBC PF, 16.7.05; SCMP, 27.7.05)

Gleichzeitig wählten die Mitglieder 1.105 Delegierte für den nächsten Parteikongress, der auf den 19. August terminiert wurde. An diesem Tag wird auch Ma Ying-jeou sein neues Amt antreten. (TT, 17.7.05)

Beide Kandidaten waren bzw. sind respektable Politiker; ihre politische Programmatik, die sie unter anderem in zwei Fernsehpräsentationen vorstellten, ähnelten sich weitgehend. (TT, 3.7., 10.7.05) Greifbarer sind die Unterschiede in den Persönlichkeiten beider Kandidaten: Ma ist nicht nur der Jüngere, sondern auch derjenige mit mehr Charisma; vor allem bei jüngeren Leuten kommt er gut an. Sein bisher größter politischer Erfolg war 1998 die Wahl zum Bürgermeister von Taipeh, bei der er sich gegen den früheren Amtsinhaber Chen Shui-bian, jetzt Taiwans Präsident, durchsetzte. In der Parteiführung hat er wenig Freunde, vor allem seit er im März/April 2004 der Wahrung von Gesetz und öffentlicher Ordnung Vorrang gab vor den von Lien Chan angeführten, teils gewaltsamen Protesten gegen die Wiederwahl Chen Shui-bians zum Präsidenten der Republik. Ma distanzierte sich damit auch indirekt von der ganzen, kläglich gescheiterten

Linie Lien Chans, Chen Shui-bian die Anerkennung als wieder gewähltem Präsident zu verweigern, das Attentat auf Chen als von diesem selbst inszeniert hinzustellen und quasi zum Volksaufstand gegen den angeblichen Diktator (KMT-Wahlpropaganda) aufzurufen.

Wie Ma zählt auch Wang Jin-pyng zum kleinen Kreis von KMT-Politikern, die auch bei der Opposition Respekt genießen. Vor allem in seinem durchaus schwierigen Amt als Präsident des Legislativ Yuan hinterließ er einen guten Eindruck: gesprächsbereit, kompromissfähig und eher ein Mann der leiseren Töne gelang ihm der schwierige Spagat, einerseits der KMT-Linie treu zu bleiben und andererseits eine Totalblockade der Regierung durch die oppositionelle Parlamentsmehrheit nach Möglichkeit zu vermeiden.

Drei Faktoren dürften es gewesen sein, die trotz der unstrittigen Eignung beider Kandidaten Ma seinen glanzvollen Sieg verschafften: zum Ersten sein persönliches Charisma, das sich mit Öffentlichkeitswirksamkeit, Jugendlichkeit und Tatkraft verbindet – alles dies fehlt sichtlich bei Wang Jin-pyng; zum Zweiten seine schon relativ konkret ausgearbeiteten Ideen, was die überfällige Reformierung der schwerfälligen, verfilzten KMT angeht, sowie zum Dritten als wohl entscheidender Faktor die verbreitete Überzeugung, dass es der KMT nur mit Ma an der Spitze gelingen kann, bei der nächsten Präsidentschaftswahl die Macht im Staate zurückzuerobert – Wang wäre dann 67, Ma erst 58. Zwar impliziert die Wahl zum Parteichef noch keine Entscheidung über den nächsten Präsidentschaftskandidaten, doch wäre es wenig realistisch, anderes als eine Personalunion zu avisieren. Außerdem ist es eben Ma, dem man eher zutraut, die nötigen Schritte zur Stärkung der KMT schon im Vorfeld des angestrebten Machtwechsels einzuleiten und zu bewältigen. (CNAT, nach BBC PF, 17.7.05)

Mas Sieg geht in seiner Bedeutung über einen bloßen Personalwechsel an der Spitze einer Oppositionspar-

tei weit hinaus. Dies hängt vor allem mit der Bedeutung der KMT und ihrer Stellung in der taiwanischen Gesellschaft zusammen. Allein die enorme Mitgliederzahl von über einer Million – 6,25% der gesamten Wählerschaft – macht dies deutlich. Nach wie vor ist auch keine andere Partei so eng mit der Wirtschaft verflochten. Zudem trägt die Partei noch schwer an ihrem Erbe aus den Zeiten der Einparteiherrschaft. Trotz einiger interner Reformen in den letzten Jahren (bei denen auch die Urwahl des Vorsitzenden geführt wurde), gilt die KMT als verkrustet: ihre Vermögensverhältnisse sind ungeklärt, die Partei lebt finanziell über ihre Verhältnisse, das Demokratieverständnis älterer Mitglieder der Partielite ist zweifelhaft, und nach wie vor bestehen vor allem auf lokaler Ebene mafiose Strukturen, mit denen der scheidende Lien Chan nie richtig aufgeräumt hat. Lien stellte sich selbst immer wieder als vorderster Repräsentant dieser maroden Verhältnisse und einer diktatur- wie chinanostalgischen Einstellung dar.

Mit Ma stehen in allen Punkten die Signale auf Wandel und Erneuerung. Diese wird, wenn sie gelingt, nicht nur der KMT, sondern Taiwans Demokratie insgesamt zugute kommen. Mit ihm erhält die KMT endlich die Chance, ihr Diktaturerbe abzustreifen, demokratische Strukturen zu stärken (wobei die Parteiobere Ehrenposten erhalten) und politisch kompromissfähiger zu werden. (ST, 21.7.05) Taiwan selbst erhält die Chance auf ein Ende der unseligen Grabenkämpfe und wenn nicht einen Dialog, so doch auf eine pragmatischere Verständigung unter den politischen Lagern.

Voraussetzung für eine solche Entwicklung wäre freilich, dass die Parteigranden, die noch alle Fäden in den Händen halten, Ma tatsächlich gewähren lassen und ihm nicht in den Arm fallen oder Steine in den Weg legen. Hier bleibt abzuwarten, ob der kommende Parteitag weitere personelle Akzente in Richtung Reform setzt. Günstig für Ma ist, dass bereits drei Vizevorsitzende erklärt haben, bei den im August anstehen-

den Neuwahlen nicht mehr zur Verfügung zu stehen. (SCMP, 26.7.05) Weiter ist unklar, ob Mas Amt als Taibeier Bürgermeister ihm so viel Zeit und Energie lässt, wie die Mammutaufgabe einer Reform der KMT erfordert.

Zu Mas Aufgaben zählt ebenfalls, das blaue Lager zu einen. Der eitle James Soong, Parteichef des kleineren Oppositionspartners PFP, hatte sich vor der Wahl öffentlich für Wang Jin-pyng ausgesprochen. Damit ist das Verhältnis zwischen ihm und Ma nun bereits bei dessen Amtsantritt belastet und ein Zusammenschluss der Parteien einstweilen unwahrscheinlicher als unter Lien. Schreitet der Wählerschwund bei der PFP jedoch weiter so rapide voran wie bei den letzten Wahlen, dürfte sich das Problem für Ma bald in Luft auflösen. (TT, 16.7.05; CNAT, nach BBC PF, 19.7.05)

Ein letzter Aspekt: die Chinapolitik. KP-Chef Hu Jintao sandte zu Mas Wahlsieg zwar ein Glückwunschtelegramm, kann aber keineswegs sicher sein, dass sich Ma so devot verhält wie sein Vorgänger. (Xinhua, nach BBC PF, 17.7.05) Ma gilt zwar auf Grund der Herkunft seiner Eltern als Festländer, hat aber anders als Lien Chan (geb. 1936 in Xi'an) keine Kindheitserinnerungen an das Festland. Auch wenn Ma keinen Wechsel in der Chinapolitik der KMT hat erkennen lassen, tritt er gegenüber Beijinger Avancen doch bereits deutlich reservierter auf: Er erklärte, so lange er Taibeier Bürgermeister sei, komme eine Chinareise für ihn nicht in Frage. (CNAT, nach BBC PF, 16.7.05) Nachdem ihm im Januar dieses Jahres sogar die Einreise in seine Geburtsstadt Hongkong verweigert wurde, hat er auch persönlich Grund zur Skepsis gegenüber den neuen KMT-Freunden in der Kommunistischen Partei. (TT, 10.1.05)

47 Taiwan erlaubt Repräsentanzen chinesischer Banken

Chinas und Taiwans Finanzmärkte nähern sich einander an: Im Juni

wurde bekannt, dass Taiwan erstmals festländischen Banken gestatten will, Repräsentanzen auf der Insel zu eröffnen. Entsprechende Anträge lägen allerdings noch nicht vor, wie der Vorsitzende der taiwanischen Bankenaufsicht erklärte. Bereits im Mai hatte Pern Fainan (Peng Huainan), der Direktor von Taiwans Zentralbank, erklärt, dass örtliche Kreditunternehmen demnächst den Handel mit chinesischer Volkswährung aufnehmen dürften. Die Zustimmung der Bankenaufsicht und des Rats für Festlandsfragen zu diesem Schritt stehen jedoch noch aus. (ST, 25.6.05)

48 Anfechtung der Präsidentenwahl erneut gescheitert

Die obsessiven Versuche der Opposition, die Präsidentschaftswahl vom März 2004 doch noch juristisch zu kippen, sind einmal mehr gescheitert – dieses Mal in der Berufungsinstanz. (Vgl. C.a., 2004/11, Ü 40, 2004/12, Ü 39) Das „blaue Lager“ habe keine hinreichenden Beweise für ihre Behauptungen vorgelegt, befand der Oberste Gerichtshof am 17. Juni. Außer den Klägern hatte niemand ein anders lautendes Urteil erwartet. Ein weiteres Berufungsverfahren in dieser Sache ist noch anhängig. (SCMP, 17.6.05; TT, 18.6.05)

49 Politischer Streit um Obstausfuhren nach China

Seit China Taiwans Oppositionsführern bei deren Besuch in Beijing versprach, nunmehr 18 statt zuvor 12 Obstsorten von der Insel bevorzugt und zollfrei ins Land zu lassen, versuchen die Beteiligten, ihr politisches Kapital daraus zu schlagen. (WSJ, 15.6.05)

Dabei geht es, wirtschaftlich gesehen, um wenig. Für ein Kilo taiwanische Mangos, die nach Japan verschifft werden, werden rund 4 US\$ gezahlt; in China gibt es dafür mit 0,72 US\$ nicht einmal ein Fünftel. (CNAT, nach BBC, 15.6.05) Nach Regierungsangaben gehen bislang nur 0,6% der taiwanischen Obstern-

te nach China inklusive Hongkong. Präsident Chen Shui-bian, der wiederholt auf diese Zusammenhänge hinwies, wollte damit offenbar den politischen Druck mindern, der auf ihm lastet, denn die Opposition – wie auch wohl die Organisation der taiwanischen Landwirte – sehen Absatzchancen und verlangen von der Regierung, die politischen Fragen rasch zu klären – hier geht es vor allem um ein zügiges Ausfuhrverfahren und direkte Transportwege aufs Festland, damit die empfindlichen Früchte rasch die Verbraucher erreichen. (WSJ, 15.6.05; TT, 4.7.05)

Da jedenfalls Handlungsbedarf bestand, beauftragte die Regierung das halboffizielle Taiwan External Trade Development Council (Taitra) in Beijing damit, für Taiwan Gespräche über die betreffenden Modalitäten zu führen, während die Fragen direkten Charterflugverkehrs durch die Taibeier Vereinigung der Fluggesellschaften geklärt werden sollen – da Beijing mit Taipei nicht direkt verhandeln mag, um die eigene Ein-China-Doktrin nicht zu verletzen, sind solche Umwege über nichtstaatliche (oder zumindest nur halbstaatliche) Organisationen, die entsprechend von der Regierung in Taipei autorisiert werden, nötig. (WSJ, 15.6.05; CNAT, nach BBC, 14.5.05; CNAT, nach BBC PF, 18.5.05)

In Beijing wurden die Taibeier Pläne jedoch souverän ignoriert, stattdessen wandte sich die für den Taiwanhandel zuständige Unterorganisation des Wirtschaftsministeriums an die Landwirtevereinigung der Provinz Taiwan, die Ende Juni eine Delegation zu Gesprächen über die Obsthändlerfragen nach Beijing schickte, ohne von Taipei autorisiert gewesen zu sein, irgendwelche Vereinbarungen zu treffen. (CNAT, nach BBC EF, 1.7.05) Der Rat für Festlandsfragen wies in Taipei zudem darauf hin, dass sich die Landwirtevereinigung strafbar mache, wenn sie solche Vereinbarungen treffen sollte. (CNAT, nach BBC PF, 18.6., 2.7.05)

Im Juli machte sich dann auch noch eine Delegation von Oppositionspar-

lamentariern aus KMT- und PFP-Mitgliedern auf den Weg nach Beijing – mit dem gleichen Ziel: „Obstgespräche“ zu führen. (CNAT, nach BBC PF, 7.7.05)

Gegen Ende Juli wurde es dann offiziell: Beijing würde über den Obsthandel nicht mit der dazu autorisierten Taitra sprechen, sondern dazu die Landwirtevereinigung der Provinz Taiwan „und andere private Organisationen“ in Beijing willkommen heißen. Damit war das Obst nun endgültig in die Mühlen von Chinas Taiwanpolitik geraten: Es ging vor allem darum, die Regierung in Taipei als machtlos bloßzustellen. Denn auch wenn die aus Taiwan angereisten Delegierten keine offiziellen Vereinbarungen unterzeichnen können, können sie technische Details sehr wohl absprechen, und alle am Handelsgeschäft Beteiligten können sich danach richten – welche Qualitätskontrollen auf chinesischer Seite vorgenommen werden, wie die Verteilung erfolgt usw. kann schließlich die chinesische Seite ohnehin allein entscheiden. (CNAT, nach BBC PF, 24.7.05)

Laut Präsident Chen geht es Beijing vor allem darum, die Landwirte in Südtaiwan – traditionell seine Wählerhochburg – auf ihre Seite zu ziehen. (CNAT, nach BBC PF, 25.7.05) Diese politische Intention dürfte mindestens ein willkommener Nebeneffekt sein. Dass die Obstimportangebote politisch motiviert sind mit dem Ziel, die prochinesischen Kräfte und ein Gesamtchinabewusstsein in Taiwan zu stärken, war schon im April offensichtlich. Ende Juli geriet die Regierung in Taipei offenbar derart in Erklärungsnot, dass sich Premierminister Frank Hsieh auf eine Rundreise durch Taiwan begab, um den Bauern die Regierungspolitik zu erklären. (CNAT, nach BBC PF, 27.7.05). Auch Präsident Chen warf sich in die Bresche.

Was das Ganze ökonomisch zu bedeuten hat, ist bislang nicht klar. Der Generalsekretär der Landwirtevereinigung erklärte sinngemäß: Bestünde nicht die Aussicht, mit Obstausfuhren nach China Geld zu ver-

dienen, würden sie auch nicht aufs Festland gehen. (SCMP, 28.7.05) Gleichwohl dürfte es wenig wahrscheinlich sein, dass sich irgendein taiwanischer Obstbauer mit Obstverkauf aufs chinesische Festland eine goldene Nase verdient. Dazu wird in China selbst zu viel Obst angebaut, und dazu ist das Preisniveau auf dem Festland zu niedrig. Andererseits findet auch jetzt schon taiwanisches Obst den Weg auf den chinesischen Markt. Taiwans Einnahmen aus dieser Obstausfuhr beliefen sich 2004 auf 340.000 US\$. Das waren zwar nur gut 1% des gesamten Obstexportwerts, aber durch die Einrichtung direkterer Verkehrswege ließe sich dieser Wert sicher auch noch signifikant erhöhen, zumal Obst aus Taiwan dank guter Qualität einen gewissen Prestigewert besitzt und höhere Preise erzielen kann als einheimische Ware. (CNAT, nach BBC PF, 27.7.05)

50 Fischereikonflikt mit Japan an den Diaoyu-Inseln

Im Juni kam es vorübergehend zu einer Verschärfung des Konflikts mit Japan, bei dem es seit Jahren um Fischerei- und Territorialansprüche bei den Diaoyu-Inseln (japanisch: Senkaku-Inseln) geht, auf die sowohl Taiwan als auch Japan, daneben auch die VR China, Anspruch erheben. Diesmal standen allerdings nicht so sehr die unbewohnten Felseilande im Vordergrund als vielmehr die Tatsache, dass sich die exklusiven 200-Meilen-Wirtschaftszonen von Taiwan und Japan, die mit Fischereirechten verknüpft sind, teilweise überlappen. Japan und Taiwan haben deswegen seit 1996 schon 14 Gesprächsrunden geführt, die jedoch wegen der strittigen Ansprüche hinsichtlich der Diaoyu-Inseln ohne Ergebnis blieben. Allerdings existiert zwischen beiden Seiten ein stillschweigendes Einverständnis, die Mittellinie zwischen beiden Küsten (und damit auch die Mittellinie der Überlappung beider 200-Meilen-Zonen) als Grenze zu respektieren – wie es im Übrigen auch dem Seerecht

entspricht. (Kyodo News Service, nach BBC EF, 21.6.05; CNAT, nach BBC, 14.6., 15.6.05; vgl. C.a., 3/2005, S. 14-16)

Im Gegensatz zu Taiwan allerdings scheint Japan mit seiner Küstenwache eifersüchtig darüber zu wachen, dass keine fremden Fischerboote in die eigene Wirtschaftszone eindringen, und bringt solche Fischerboote gegebenenfalls auf, um sie nur gegen Zahlung einer Geldstrafe wieder freizugeben. Nachdem ein japanisches Patrouillenboot am 8. Juni über zehn taiwanische Fischerboote aus der Gegend um die Diaoyu-Inseln vertrieben hatte, fuhren rund 50 taiwanische Boote tags darauf in einer gemeinsamen Aktion in das umstrittene Seegebiet – allerdings verlief die Aktion gewissermaßen im Sande (wenn man das für die hohe See sagen darf), da Japans Küstenwache beschlossen hatte, die politische Schiffsdemonstration zu ignorieren und sie nur aus der Luft zu beobachten. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 9.6.05; TT, 9.6., 10.6., 11.6.05)

Mitte Juni entdeckte nun in Taipei die Opposition das Thema für sich, kochte es neu auf und verlangte ein stärkeres Engagement der Marine. Auf Taiwans Seite ist normalerweise allerdings die Küstenwache für den Schutz der Fischer zuständig. (CNAT, nach BBC, 15.6.05) Die Regierung dagegen versuchte, den Zorn der Fischer wie die Proteste auf Seiten der Opposition zu dämpfen und sie von gegen Japan gerichteten Aktionen abzuhalten mit dem Argument, eine weitere Gesprächsrunde mit Japan über die Territorialfragen werde angestrebt, und die Lage sei ohnehin schon kompliziert genug; da trügen Provokationen und Demonstrationen nichts zur Lösung bei. (CNAT, nach BBC, 15.6.05) Gleichzeitig erklärte Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Changting), die Regierung sei entschlossen, die Rechte und die Sicherheit der Fischer zu schützen. (CNAT, nach BBC, 15.6., 16.6.05)

Unterdessen kam es zu einem weiteren Zwischenfall, als eine japanische Patrouille das taiwanische

Fischerboot Chinmingsai no. 11 in der japanischen 200-Meilen-Zone aufbrachte und den Kapitän bis zur Zahlung einer Kautions in Okinawa festsetzte. (CNAT, nach BBC PF, 18.6., 19.6.05)

Damit geriet Taibei noch stärker unter öffentlichen Druck. Einige Fischer erklärten sogar, wenn die eigene Regierung sie nicht schütze, würden sie sich Hilfe vom Festland erbitten. (SCMP, 18.6.05) Im Zielkonflikt, ihre Entschlossenheit gegenüber Japan zu demonstrieren, aber gleichzeitig jede Eskalation zu vermeiden, schickte die Regierung nun das Verteidigungsministerium vor, das die Mitglieder des parlamentarischen Verteidigungsausschusses sowie Parlamentspräsident Wang Jinpyng auf eine Fregattenfahrt vom nordosttaiwanischen Suao zur Inspektion des umstrittenen Seegebietes mitnehmen sollte. So geschah es dann auch, und selbst Verteidigungsminister Lee Jye (Li Jie) war mit von der Partie, auf der jedoch sorgsam darauf geachtet wurde, dass man dem umstrittenen Gebiet nicht zu nahe kam – zuvor war Japans De-facto-Botschafter in Taibei deswegen beim Außenminister vorstellig geworden. Die mitgereisten Oppositionellen äußerten sich hinterher denn auch schwer enttäuscht. (CNAT, nach BBC PF, 16.6., 20.6.05; CNAT, nach BBC EF, 21.6.05; SCMP, 18.6., 22.6.05; TT, 21.6., 22.6.05)

Von Seiten der Opposition waren nun teilweise noch schrillere Töne zu vernehmen. So verlangte Ma Ying-jeou, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der KMT und Taibeier Bürgermeister, Präsident Chen Shui-bian solle die Diaoyu-Inseln zu taiwanischem Hoheitsgebiet erklären. Präsident Chen, der wie auch Ministerpräsident Hsieh weiter um Deeskalation bemüht war, berichtete gar, einige Oppositionspolitiker hätten verlangt, Taiwan müsse gegen Japan notfalls in den Krieg ziehen. (CNAT, nach BBC PF, 22.6.05; TT, 23.6.05)

Ein weiterer Vorfall ereignete sich am 26. Juni, als drei taiwanische Patrouillenboote dem Fischereiboot

Chinjuifeng no. 168 zu Hilfe eilten, nachdem dieses von einem Schiff der japanischen Küstenwache zum Verlassen seiner Fischereigewässer aufgefordert worden war, obwohl die vorläufige mittlere Demarkationslinie nach taiwanischer Darstellung respektiert worden war. (CNAT, nach BBC PF, 27.6.05)

Interessant an den Konflikten ist vor allem der innenpolitische Aspekt: Abgesehen von den Fischern, deren materielle Interessen unmittelbar tangiert werden, ist das „grüne“ politische Lager, dem die Regierung angehört, deutlich stärker auf Interessenausgleich mit Japan bedacht als das „blaue“ Lager der Oppositionsparteien KMT und PFP, das den Konflikt nicht nur politisch-taktisch für sich nutzen will, sondern auch deutlich chinesisch nationalistische (und damit tendenziell japanfeindliche) Einstellungen pflegt.

Dass es zu einer grundsätzlichen Einigung über die Territorialfragen kommen wird, ist auch von der neuen taiwanisch-japanischen Gesprächsrunde nicht zu erwarten, die für den 29. Juli in Tokio angesetzt wurde. (CNAT, nach BBC PF, 5.7.05) Allerdings besteht zumindest die Aussicht, dass sich Zweifelsfälle, was den Aufenthaltsort taiwanischer Schiffe angeht, in Zukunft schneller werden klären lassen: wenn sie nämlich ein satellitengestütztes Navigationssystem verwenden. Entsprechendes Gerät zu installieren, regte Premierminister Hsieh im Juni an – und früher oder später wird es sicher auch dazu kommen. (TT, 22.6.05)

51 BenQ kauft Mobiltelefonsparte von Siemens

Dass die taiwanische Elektronikfirma BenQ – 1984 von der Acer-Gruppe gegründet – von dem deutschen Technologiefahrgeschiff Siemens die defizitäre Mobiltelefonsparte übernimmt, war nicht nur in Deutschland eine Schlagzeile. Es handelt sich um die größte Übernahme, die eine taiwanische Firma je im Ausland vorgenommen hat – gemessen an dem Umsatz, den die Mobilfunk-

sparte von Siemens im letzten Jahr erzielte.

Während Siemens-Aktionäre dankbar waren, dass ihre Firma einen Verlustbringer loswurde, herrschte bei Analysten hinsichtlich der Vorteile für BenQ eher Skepsis – während Siemens-Aktien stiegen, reagierten BenQ-Papiere mit Kursabschlägen.

BenQ steigt nun in die weltweite Spitzengruppe der Mobiltelefonproduzenten auf. Bislang spielte BenQ auf diesem Feld nur eine Nebenrolle. Der Gesamtumsatz der Marke wird sich durch die Transaktion auf einen Schlag verdoppeln. Zudem erwirbt die Firma damit für 18 Monate das Recht, die Apparate weiterhin unter der Marke „Siemens“ zu verkaufen. BenQ will auf diese Weise vor allem auf dem europäischen Markt stärker wahrgenommen werden.

Dass Siemens im Zug der Übernahme für 50 Millionen Euro 2,5% von BenQ erwirbt, gilt mehr als symbolische Geste. Einschließlich diesem Betrag kostet Siemens der Deal 350 Mio. Euro. BenQ bleibt die Last, den Verlustbringer zu sanieren. (HB, 7.6., 8.6.05; FT, 8.6.05; TT, 8.6.05)